

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Frau Schoppe und der Fraktion DIE GRÜNEN

Fluoridierung von Trinkwasser bzw. Kochsalz; Verabreichung von Fluortabletten an Kinder in Schulen und Kindergärten

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Ist der Bundesregierung bekannt, ob in der Bundesrepublik Deutschland bzw. in einzelnen Bundesländern – und wenn ja, in welchen –
 - die Beimengung von Fluoriden zum Trinkwasser,
 - die Beimengung von Fluoriden zum Kochsalz,
 - die Verabreichung von Fluortabletten in Grundschulen und Kindergärten geplant ist oder bereits durchgeführt wird?
2. Welche Ergebnisse liegen der Bundesregierung darüber vor, in welchem Umfang der Rückgang von Karies eindeutig auf solche Maßnahmen zurückzuführen ist?
3. Wie beurteilt die Bundesregierung die sich häufenden Warnungen von Fachleuten – auch aus der Schweiz – vor nicht zu verantwortenden Nebenwirkungen von Fluoriden auf den gesamten Körper (z.B. Knochensklerose, Arthrose, Zahnfluorose)?
4. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß bei der Bekämpfung von Karies ein rein kurativer Ansatz falsch ist, da es sich hierbei – wie bereits im Ernährungsbericht 1976 der Bundesregierung festgestellt wurde – um eine Erkrankung aufgrund falscher Ernährung (vor allem durch Zucker) handelt und daß deshalb vor allem eine breit angelegte Aufklärung der Verbraucherinnen und Verbraucher über die Gefahren einer einseitigen Ernährung nötig ist?
5. Wie beurteilt die Bundesregierung die durch eine Trinkwasser- oder Kochsalzfluoridierung entstehende Zwangsmedikation der Bevölkerung, und wie verträgt sich diese nach ihrer Auffassung mit dem in Artikel 2 des Grundgesetzes verankerten Recht auf körperliche Unversehrtheit?

Bonn, den 28. Februar 1984

Schoppe
Beck-Oberdorf, Schily, Kelly und Fraktion

